

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1912

24.3.1912 (No. 83)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 83

Sonntag, den 24. März 1912

155. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Strasse Nr. 14 (Fernsprech-
anschluß Nr. 154), wochentags und Abends
in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P,
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Eindrucksgebühr: die 6mal gepaltene Beizeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 20. März 1912 gnädigt bewegen gefunden, dem geschäftsführenden Direktor des Kaiser-Wilhelm-Dank Robert Gersbach in Berlin das Ritterkreuz zweiter Klasse Höchstihres Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 22. März 1912 gnädigt bewegen gefunden, dem Geheimen Kommerzienrat Dr. Karl Reich in Mannheim den Stern zum Kommandeurkreuz mit Eichenlaub Höchstihres Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 17. März 1912 gnädigt bewegen gefunden, dem Großh. Luxemburgischen Hofprediger Schenk in Luxemburg das Ritterkreuz erster Klasse Höchstihres Ordens vom Jähringer Löwen und dem Großh. Luxemburgischen Hofkaplan Sinner in Schloß Berg die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 7. März 1912 gnädigt bewegen gefunden, den Hauptlehrern Johann Buntzu in Ohlsbach und Otto Köbele in Urloffen das Verdienstkreuz vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 9. März 1912 gnädigt bewegen gefunden, dem Forstmeister Emil Freiherrn von Stetten-Buchenbach in Baden das Ritterkreuz erster Klasse mit Eichenlaub Höchstihres Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 7. März 1912 gnädigt bewegen gefunden, dem Steuereinnahmer Ludwig Staatsmann in Heidelberg das Verdienstkreuz vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 7. März 1912 gnädigt bewegen gefunden, dem Domänenvaldhüter Sebastian Wörlein in Gerlachshausen die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 12. März 1912 gnädigt geruht, dem Oberfinanzsekretär Heinrich Hauf bei der Evangelischen Stiftungsverwaltung Offenburg die etatmäßige Stelle eines Rechnungsbeamten beim Evangelischen Oberkirchenrat unter Verleihung des Titels Oberrevisor zu übertragen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 8. März 1912 gnädigt geruht, den Forstmeister Emil Freiherrn von Stetten-Buchenbach in Baden, seinem Ansuchen entsprechend, unter Anerkennung seiner langjährigen treugeleisteten Dienste auf 1. Mai 1912 in den Ruhestand zu versetzen, sowie

den Forstmeister Wilhelm Freiherrn von Schweichard in Langensteinbach nach Baden und den Oberförster Friedrich Lambinus in Furtwangen nach Langensteinbach zu versetzen,

den Forstamtmann Moritz von Kienle zum Oberförster in Furtwangen und den Forstassessor Karl Rühle von Karlsruhe zum Forstamtmann zu ernennen.

Das Finanzministerium hat unter dem 15. März 1912 den Forstamtmann Karl Rühle dem Forstamt Schopfheim zugeteilt.

Mit Entschliessung des Großh. Verwaltungshofs vom 18. März 1912 wurde der Betriebsleiter Heinrich Weber als technischer Beamter bei Heil- und Pflegeanstalten etatmäßig angestellt.

Nicht-Amtlicher Teil.

* Politische Wochenrückblicke.

Am Freitag abend ist der Kaiser von Berlin nach Wien abgereist. Durch sein Zusammentreffen mit dem Kaiser Franz Joseph und dem König Viktor Emanuel wird das

Bundesverhältnis der drei in der Mitte Europas gelegenen Länder versinnbildlicht werden. Durch den Umstand, daß der Kaiser die Reise, die ihn dann weiter nach Korfu führen wird, überhaupt angetreten hat, wird bewiesen, daß, so weit deutsche Beurteilung und deutscher Wille in Betracht kommen, schwere Verwicklungen in der auswärtigen Politik nicht zu erwarten sind. Womit nicht gesagt sein soll, daß eine Unterlassung der Reise das Recht gegeben hätte, von einer Zuspitzung zu sprechen. Ernst bleibt immer die Tatsache, daß zwischen zwei Gliedern der europäischen Völkerfamilie Kriegszustand herrscht. Das Deutsche Reich hat sich an Schritten beteiligt, deren Endzweck die Herstellung des Friedens zwischen Italien und der Türkei ist, bisher ohne sichtbaren Erfolg. Der Antritt der Erholungsfahrt des Kaisers im gegenwärtigen Augenblick hat den Charakter einer Friedensdemonstration, nicht im Sinne einer Einflußnahme auf eine andere Macht, wohl aber als Zeichen der eigenen allgemeineren Friedenswünsche.

Ein Teil der letzten Woche wurde durch das Auftreten von Gerüchten und falschen Meldungen gekennzeichnet. Einigen ist halbamtlich entgegengetreten worden. Mehrere knüpften sich an den Personenumwechsel im Reichsamt. Der Rücktritt des verdienten bisherigen Inhabers des Postens, Wermuth, erfolgte aus dessen freier Entscheidung. Die Wahrung der von ihm vertretenen soliden finanzpolitischen Grundsätze dürfte umso mehr gesichert sein, als die einzelstaatlichen Regierungen für die Gestaltung des Landeshaushalts die gleichen Grundsätze gegenüber den gelegentlich von verschiedenen Seiten kommenden Versuchungen zu verteidigen pflegen.

Die Wehrvorlagen sind am 22. März dem Bundesrat zugegangen. Die Meldung, daß die Regierung eine Verlängerung der Osterferien des Reichstages bis zum 29. April, statt 13. April, vorge schlagen habe, um für die Fertigstellung der Wehr- und Steuervorlagen Zeit zu gewinnen, war falsch.

Der Reichstag wird, wenn es gelingt, am Samstag die Debatte über das Reichsamt des Innern zu beenden, 17 Sitzungen, freilich nicht ganz ausschließlich, an den Etat dieses umfassenden Reichsamts gewendet haben. Bei den Ausgaben für die Reichsschulskommission beantragte die Sozialdemokratie in Form einer Resolution die Errichtung eines Reichsamts für das gesamte Schul- und Bildungswesen, fand aber bei keiner anderen Partei Unterstützung. Von verschiedenen Seiten wurde betont, daß auf dem Gebiete des Bildungswesens eine allzu weit gehende Vereinheitlichung zur Schablone führen könne. Über die Ausführung des Kaligesezes wurde sehr eingehend verhandelt. Dabei spielte wie früher die Verwendung der sogenannten Propagandagelder eine Rolle, die in Höhe von 1 550 000 M. für das Inland, von 250 000 für die deutschen Schutzgebiete und von 2 250 000 für das Ausland vorgesehen sind. Unterstaatssekretär Richter empfahl an einem Gesetze, das noch nicht ein Jahr in voller Geltung sei, nicht herum zu doktern. Vom Reichstage wurden Resolutionen angenommen, worin als vierte Ausgangsstation für Berechnung der Frachten Kolmar im Elbaf beschränkt und ferner Veröffentlichungen über die Durchschnittslöhne und die Arbeitszeit der in den Kaliverken beschäftigten Arbeiter, sowie über die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgeschlossenen Tarifverträge angeregt wurden. Zum Statistischen Amt begründete Abg. v. Schulze-Gävernitz eine Resolution der Abg. Dr. Ablaß und Gen. (fortf. v. p.):

„den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, gelegentlich der im Jahre 1913 fälligen Reichserhebungen über die Bodenbenutzung Ermittlungen über Verkauf und Zukauf von Getreide, Wehl, Brot u. a. der landwirtschaftlichen Haupt- und Nebenbetriebe für das Erntejahr 1912 in der Weise zu veranstalten, wie solche in Baden von den Großherzoglichen Amtsvorständen im Jahre 1902 durchgeführt wurden.“

Diese Resolution wurde angenommen. Eine große Mehrheit vereinigte sich auf die Resolution Wassermann und Genossen (nall.):

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine Änderung der Weinzollordnung in dem Sinne herbeizuführen, daß bei der Beurteilung der Einfuhrfähigkeit ausländischer Weine neben der chemischen Analyse auch die Geschmackprobe durch erfahrene Sach-

verständige aus der Praxis, sowie der Inhalt der einschlägigen Geschäftspapiere berücksichtigt wird.“ (Zentr.):

„den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, 1. durch welche für die Einfuhr ausländischer Weine eine scharfe Kontrolle durchgeführt und diese Weine insbesondere auf ihre Einfuhr- und Verkehrsfähigkeit durch staatliche Nahrungsmittel-Untersuchungsämter unter gleichzeitiger Zuziehung von Weinkontrolloren untersucht werden; 2. daß die Stundung der Einfuhrzölle für Wein aufgehoben wird; 3. daß die Kellerkontrolle gleichmäßig auch außerhalb der Weinbaubezirke strengstens gehandhabt wird.“

Der Regierungsvertreter, Geheimrat Freiherr von Stein, führte zu diesen Fragen u. a. aus: Die Weinkontrolle an der Grenze sei sehr schwierig; weise die chemische Analyse nicht eine Fälschung nach, so sei der Wein bisher zugelassen worden; es erhebe aber wünschenswert, die Vorschriften in dem Sinne nachzuprüfen, ob nicht zur Ergänzung des Nachweises Gutachter aus der Praxis, also Jungensachverständige, heranzuziehen seien, mancherlei Mängellichkeiten entstünden dadurch, daß ein Unterschied zwischen der Einfuhrfähigkeit und der Verkehrsfähigkeit ausländischer Weine bestehe. Der Reichstag beabsichtige, nach Erledigung des Etats des Reichsamts des Innern sich dem Etat der Post- und Telegraphenverwaltung zuzuwenden.

Die Äußerungen des Ersten Lords der britischen Admiralität, Churchill, die dem englischen und auch zum großen Teil dem deutschen Flottenbau galt, haben naturgemäß in der deutschen Öffentlichkeit Beachtung gefunden und zu Erörterungen geführt. Auf die deutsche Flottenvorlage konnten sie bei dem Stadium, in dem sich diese befand, nicht mehr von Einfluß sein. Der englische Flottenminister hat auch die Hoffnung auf ein Zustandekommen eines deutsch-englischen Nachrichtenaustausches über die beiderseitigen Schiffsbauten ausgesprochen. Über diese Frage hat sich der Reichskanzler v. Bethmann-Sollweg vor einem Jahre, am 30. März 1911, im Reichstage geäußert. Damals lag eine Anregung des englischen Ministers des Auswärtigen vor, Nachrichten über die beiderseitigen Schiffsbauten auszutauschen; der englische Minister hatte geglaubt, daß ein derartiges Verfahren vor Überraschungen sichere und die Überzeugung festigen werde, daß kein Land das andere überbieten wolle. Der Kanzler erklärte, das Deutsche Reich habe diesem Gedanken umso mehr beitreten können, als der Hauptan für die deutsche Flotte offen vor aller Welt daliege; die Regierung habe sich bereit erklärt, sich mit England über die Anregung zu verständigen, in der Hoffnung, daß dadurch eine Beruhigung des englischen Volkes eintreten werde.

Die Zweite Kammer des badischen Landtags setzte am Mittwoch dieser Woche die Beratung über das Gewerbebudget fort. Der Minister des Innern, Freiherr von Bodman, legte dem Hause einen Gesetzentwurf betr. Abänderung des Landwirtschaftskammergesetzes vor. Der Entwurf wurde der Kommission für Justiz und Verwaltung überwiesen. Abg. Willi (Soz.) berichtete sodann über die Budgettitel: Gewerbeaufsicht und Durchführung der sozialen Gesetze. Sowohl aus seinen, wie aus den Darlegungen der sämtlichen folgenden Redner sprach die Anerkennung, die man der Tätigkeit des Gewerbeaufsichtsamts zollt. Abgesehen von einzelnen Wünschen und Beschwerden, die sich an das Ministerium des Innern direkt richteten, betonten die Redner aller Parteien ihre Zufriedenheit mit der durchaus unparteiischen und pflichteifrigen Arbeit des Aufsichtsamts. Der Minister gab am Donnerstag seiner Freude über dieses Lob lebhaften Ausdruck. Die Tatsache, daß der Berichterstatter die Versicherungsgesetzgebung des Reiches lobend erwähnte, bezeichnete der Minister als einen zu begrüßenden Fortschritt. Des weiteren betonte Freiherr von Bodman u. a. folgendes: In der Debatte ist geäußert worden, das Ministerium sei zurückhaltend, die Zahl der Beamten sei zu gering und man sei unnötig sparsam. Es ist erfreulich, daß man auf eine intensive Beaufsichtigung der

Betriebe bringt. Das entspricht auch der Absicht der Regierung. Mit der Zahl der Beamten beim Gewerbeaufsichtsamt steht Baden allerdings nicht an erster Stelle. Es darf aber darauf hingewiesen werden, daß wir seit dem Jahre 1903 das Personal um 100 Prozent, seit 1907 um 40 Prozent vermehrt haben. Auch die Zahl der Revisionen hat erheblich zugenommen. Wir haben also in dieser Beziehung einen Fortschritt gemacht. Im letzten Jahre wurden sämtliche Steinbrüche kontrolliert. Auch sämtliche Eisenbahnwerkstätten wurden revidiert. Diese Revisionen ergaben keine erheblichen Beanstandungen. Die Regierung ist also dem Verlangen des Hauses, die Revisionen zu vermehren, nachgekommen. Es findet sich auch im Budget ein Mehraufwand für das Gewerbeaufsichtsamt insbesondere für die Kosten der Revisionen. Insofern haben wir also nicht gespart. Nach Lage des Staatshaushalts war jedoch zur Zeit seiner Aufstellung von einer Vermehrung des Personals abzusehen. Da inzwischen neue Aufgaben durch die Kontrolle der Heimarbeit dem Gewerbeaufsichtsamt erwachsen sind, wird das Personal vermehrt werden. Zu diesem Zwecke werden im Nachtrag zwei Stellen angefordert werden. Auch soll im Nachtrag eine Summe zur Erleichterung der Durchführung des Gesetzes eingestellt werden. Die Regierung hält an der Absicht fest, die Revisionen auszudehnen und zu diesem Zweck das Personal nach und nach zu vermehren. In der Debatte wurde auch wieder die Frage des Bezugs von Arbeitern zum Aufsichtsdienst erörtert. Dem Gedanken ist dadurch schon entsprochen worden, daß die mittleren Beamten dem Arbeiterstand entnommen werden. Im übrigen kommt es nicht allein darauf an, daß revidiert, sondern wie revidiert wird. Es muß das mit Sachkunde geschehen, und in dieser Beziehung sind wir auf dem rechten Wege. Der Standpunkt der Regierung, der Vorstand des Gewerbeaufsichtsamtes sollte bei Lohnstreitigkeiten nur dann eingreifen, wenn beide Teile seine Vermittlung anrufen, ist erfreulicherweise gebilligt worden. Bei der Vermittlungstätigkeit sind große Vorsicht und Takt geboten. Es ist selbstverständlich, daß bei der Aufsichtstätigkeit der Behörde auch die Interessen der Arbeitgeber Berücksichtigung zu finden haben. Die Ansicht, daß die Arbeitgeber dem Fortschritt auf sozialem Gebiete abhold seien, ist nicht zutreffend. Wenn der Revisionsbeamte sich vorher bei dem Arbeitgeber anmeldet, so wird damit der Zweck der Revision vereitelt. Damit, daß der Beamte sich vorstellt, ist die Regierung einverstanden. In der Frage der Dezentralisation hat sich der Standpunkt der Regierung nicht geändert. Die Regierung steht dem Gedanken, in einzelne Teile des Landes Beamte des Gewerbeaufsichtsamtes zu detachieren, sympathisch gegenüber, aber sie ist der Auffassung, daß hierzu der Zeitpunkt noch nicht gekommen ist. Jetzt, wo noch Beamte dieser Behörde in die Pflichten ihres Amtes einzuführen sind, ist es dienstlich schwierig, sie zu detachieren. Der Abg. Pfeiffle hat strenge Verstrafung gewünscht für die Übertretung der gegebenen gesetzlichen Vorschriften. Dem ist zuzustimmen für Fälle, bei denen es sich um den bösen Willen des Unternehmers handelt. Der Lehrlingszüchtere in der Konfektionsbranche kann heute schon durch gesetzliche Maßnahmen vorgebeugt werden. Wenn auf die Lage der Zigarrengewerbe hingewiesen und dabei die Schuld an den jetzigen Verhältnissen der Erhöhung der Tabaksteuer zugeschoben wurde, so ist festzustellen, daß die Ursache an den herrschenden Zuständen nur zu einem Teil der Steuererhöhung zugeschrieben werden kann. Großen Einfluß auf die jetzige Geschäftslage im Zigarrengewerbe hat die Vorratshaltung, durch die große Vorräte geschaffen wurden, die erst wieder abgestoßen werden müssen, um normale Zustände herbeizuführen. Ferner leidet der Verbrauch von Zigarren unter dem zunehmenden Verbrauch von Zigaretten. Der Abg. Pfeiffle hat in der Debatte bezüglich der Heimarbeit so gesprochen, als ob er sie überhaupt abschaffen wolle. Dieser Standpunkt ist nicht zu teilen. Für viele Gegenden unseres Landes ist die Heimarbeit ein Bedürfnis und segensreich und es kann sich nur darum handeln, den Auswüchsen derselben entgegenzutreten. Was sollen die Leute im Hohenwald während des Winters, wenn sie eingeschneit sind, machen, wenn sie keine Heimarbeit haben und was sollen viele Leute im Odenwald tun, wenn ihnen während der Winterszeit die Heimarbeit fehlt? Es ist viel besser, daß die Leute in dieser Zeit den Verdienst aus der Heimarbeit, als gar keinen Verdienst haben. — Nach dem Minister ergriff der Vorstand des Gewerbeaufsichtsamtes, Oberregierungsrat Dr. Wittmann, das Wort, um eine Reihe von speziellen Anfragen zu beantworten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Freitagssitzung teilte der Präsident den Eingang zweier Interpellationen mit: 1. der Fortschrittlichen Volkspartei betreffend die Stellung der Regierung im Bundesrat zur Erbschaftsteuer und zur geplanten Aufhebung der Liebesgabe, und 2. des Zentrums, dahingehend wie die der Fortschrittlichen Volkspartei, und: Was gedenkt die Regierung zu tun, um die badischen Kleinrentner vor Schaden zu bewahren? Sodann berichtete Abg. Schmidt-Bretten (B. d. L.) über die erste Teilforderung von 280 000 Mark für die Erweiterung und den Umbau des Justizgebäudes in Freiburg, dessen Gesamtaufwand an 896 000 M. veranschlagt ist. Die Anforderung wurde bewilligt und dann in der Beratung über die Gewerbeaufsicht fortgeführt. Nach weiterer Debatte, die wesentliche neue Gesichtspunkte nicht brachte, wurde das Budget

angenommen. Das Haus vertagte sich auf Dienstag 1/2 1/4 Uhr nachmittags. Tagesordnung: Kleine Vorlagen.

Die Erste Kammer hielt Freitag vormittag ihre 6. Sitzung ab. Zunächst übermittelte Präsident Prinz Max von Baden den Dank des Großherzogspaares für die Anteilnahme an dem Hinscheiden des Großherzogs von Luxemburg. Nach Erledigung kleiner Vorlagen folgte ein eingehender Bericht des Geheimrats Dr. Bunte über die mit dem Wasser- und Straßenbau, dem Bergwesen und der geologischen Landesaufnahme zusammenhängenden Budgettitel. — Geh. Kommerzienrat Engelhardt bemerkte, daß Baden mit der Rheinregulierung kein gutes Geschick gemacht habe und insbesondere Mannheim schwer benachteiligt worden sei. Geh. Kommerzienrat Stromeyer bekannte sich als warmer Freund der Oberrheinschiffahrt und der Erschließung des Bodensees als Binnen-schiff-fahrtsbeden. Oberbürgermeister Dr. Wildens betonte, daß man sich in Heidelberg gegen die Neckarkanalisierung nicht mehr ablehnend verhalte, man wünsche nur, daß die landschaftliche Schönheit der Stadt darunter nicht leide. Minister Freiherr von Bodman erklärte im Anschluß an seine bereits ausführlich mitgeteilten Darlegungen in der Zweiten Kammer, daß wegen der auf elässiger Seite erfolgten Kostenüberschreitungen bei den Rheinregulierungsarbeiten eine Verständigung angestrebt werden soll. Die badische Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß Baden an den Mehrkosten nicht teilzunehmen habe, soweit sie auf wesentlichen Änderungen des Bauprogramms beruhen, über welche vorher keine Verständigung stattgefunden hat. Der Minister sprach sich sodann zugunsten der Schiffarmachung des Rheins bis Konstanz aus unter Hinweis auf das geplante Preisauschreiben, durch welches die technische Durchführbarkeit und Wirtschaftlichkeit des Unternehmens erwiesen werden soll. Über den Stand der Neckarkanalisierung könne er nur wiederholen, daß sie von der Einführung der Schiffsabgaben abhängt, die der Zustimmung Hollands bedürfe. Über die zu erwartende Stellungnahme Hollands vermochte der Minister keine Auskunft zu geben. Nach Annahme einzelner Petitionen erledigte das Haus noch die Anforderungen für die Heil- und Pflanzanstalten (unter Zustimmung zur Errichtung einer neuen Anstalt bei Muggensturm) und die Anforderungen für das polizeiliche Arbeitshaus. Minister von Bodman stellte auf eine Anfrage einen Gesekentwurf über die Überweisung zur Zwangsarbeit in Aussicht. Nächste Sitzung Donnerstag, den 28. März: Landwirtschaft.

Der Seniorenkongress beschloß Freitag die Osterferien am Freitag nächster Woche beginnen zu lassen. Bis dahin sollen, wenn möglich, noch die Gesekentwürfe betreffend die Reichsversicherungsordnung, die Rechtspolizei, die Beamtenwitwenkasse, das Staatsschulbuch und die Wandererbesteuer erledigt werden. Nach Ostern wird zunächst der Rest des Budgets des Ministeriums des Innern und daran anschließend das der Justiz und des Eisenbahnbetriebs beraten. Man hofft, bis Ende Juni mit den Arbeiten des Landtags fertig zu sein.

Im tripolitanischen Kriege sind die erwarteten neuen Ereignisse zur See noch ausgeblieben. Die Bemühungen um die Herbeiführung des Friedens sind bis jetzt durchweg resultatlos verlaufen, da die türkische Regierung dabei verharret, daß sie an keinen Frieden mit Verlusten denke, Italien aber besteht auf der Unterstellung Tripolitaniens und der Cyrenaika unter seine volle Souveränität. Immerhin darf man die Hoffnung weiter nähren, daß wohl in nicht allzu ferner Zeit vielleicht durch Einwirkung befreundeter Mächte eine Grundlage zur Beendigung der Feindseligkeiten gefunden wird. — Recht langsam nähert sich die marokkanische Angelegenheit ihrem Ziele. Die französischen Vorschläge bezüglich Nordmarokkos sind den Spaniern nicht sonderlich genehm. Mehr und mehr bricht in der französischen Presse der Unwille gegen England durch, dem die Schuld daran zugeschrieben wird, daß Spanien sich so fest zeigt und vom Norden Marokkos längs des Mittelmeers nichts abgeben, freilich auch im Süden von seiner Anwartschaft nur sehr wenig opfern will. Ehe man mit Spanien handelsmäßig ist, wovon die Abschaffung der Algeiraszölle, dieser sogenannten Pürgschaftsurkunde für die Souveränität und Integrität Marokkos allein noch abhängt, kann Frankreich die Frucht des jetzt endgültig vollzogenen Abkommens mit Deutschland nicht recht pflücken, d. h. es kann nicht das Protektorat über Marokko in aller Form aufrichten.

* Kaiser Wilhelm in Wien.

Wien, 23. März. Der Hofzug des Deutschen Kaisers ist heute vormittag 1/2 1/2 Uhr auf dem Nordbahnhofe eingetroffen und hat auf der Verbindungsbahn die Fahrt nach dem Penzinger Bahnhofe fortgesetzt.

Wien, 23. März. Auf dem Penzinger Bahnhof, der festlich geschmückt war, hatten sich zum Empfange des deutschen Kaisers als Vertreter des Kaisers Franz Josef, Erzherzog Leopold Saluator, sowie mehrere andere Erzherzöge in ihren preussischen Uniformen eingefunden. Beim Einlaufen des Zuges intonierte die Musikkapelle die deutsche Nationalhymne. Unter dem Jubel des Publikums entstieg Kaiser Wilhelm in österreichischer Feldmarschalluniform dem Wagen. Ihn folgte das Prinzenpaar August Wilhelm und Prinzessin

Viktoria Luise. Die Begrüßung war überaus herzlich. Nachdem der Kaiser mit den Erzherzögen und dem Prinzen August Wilhelm die Front der Ehrenkompanie des Infanterieregiments Nr. 182 abgeschritten hatte, begab er sich nach dem auf dem Bahnsteig errichteten Zelt, wohin sich die prinziplichen Damen bereits vorher begeben hatten. In dem Zelt wurden die Herren und Damen der deutschen Botschaft begrüßt.

In Hofwagen begaben sich sodann die allerhöchsten Herrschaften nach dem Schönbrunn Schloß, von dem Spalier bildenden Publikum jubelnd begrüßt. Nach 11 1/4 Uhr fuhren die kaiserlichen Hofequipagen im Schönbrunner Schloßhof ein; auf der sog. Blauen Stiege erfolgte die Begrüßung der beiden Monarchen, die sich ganz ohne Öffentlichkeit abspielte und einen ungemein herzlichen Charakter trug. Ebenso herzlich begrüßte Kaiser Franz Josef den Prinzen August Wilhelm und die beiden Prinzessinnen. Sodann begrüßte Kaiser Wilhelm die anwesenden Erzherzöge und Erzherzoginnen und stattete dem Kaiser Franz Josef einen Dankbesuch ab. Die beiden Monarchen blieben längere Zeit in intimer Gespräch. Nachdem im Maria Theresiasaal die Vorstellung der höchsten Würdenträger und Gäste erfolgt war, fand um 12 1/4 Uhr im intimsten Familienkreise ein Dejeuner statt; für die Gesolge war Marischallstafel gedeckt.

Wien, 23. März. Kaiser Wilhelm empfing nach dem Dejeuner den Minister des Auswärtigen, Grafen Berchtold in Audienz. Kaiser Franz Josef verließ der Prinzessin August Wilhelm das Großkreuz des Elisabethordens.

Deutsches Reich.

* Die Wehrevorlagen.

Unserer kurzen telegraphischen Mitteilung über die Militärvorlagen tragen wir heute das Gesamtverzei der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wie folgt, nach:

Die Verhandlungen nebst den Vorschlägen für die Deckung ihrer Kosten werden, wie wir erfahren, am Freitag vom Reichskanzler dem Bundesrat vorgelegt. Die folgenden zuverlässigen Angaben über ihren Inhalt können nur mit dem Vorbehalte gemacht werden, daß die Entwürfe ihre endgültige Gestalt für den Reichstag erst durch die Beschlüsse des Bundesrats erhalten.

Die Vorschläge der Heeresverwaltung bewegen sich in zwei Richtungen. Sie bringen eine Verstärkung nicht allein nach der Zahl der im Frieden auszubildenden und unter den Waffen zu haltenden Mannschaften, sondern auch eine Verstärkung durch Vervollkommnung in der Organisation. In erster Linie handelt es sich um eine schnellere Durchführung des Friedenspräsenzgesetzes von 1911. Nach den ursprünglichen Plänen, die sich auf einen Zeitraum von 5 Jahren verteilten, sollten wesentliche Verstärkungen erst für 1914 und 1915 bewirkt werden, so z. B. die Aufstellung der bei der 37. und 39. Division noch fehlenden zweiten Feldartillerieregimenter. Alle diese Formationen sollen nunmehr am 1. Oktober 1912 die Lücken füllen, deren Ausfüllung das Gesetz von 1911 vorsieht. Hierzu gehören neben den zwei erwähnten Feldartillerieregimentern die Neubildungen der Infanterie und die Aufstellung eines Telegraphenbataillons.

Sodann handelt es sich darum, das Friedenspräsenzgesetz von 1911 zu ergänzen, um durch stärkere Heranziehung der zum Waffendienst Fähigen und durch Vervollkommnung unserer Organisation die Kriegsbereitschaft des Heeres zu steigern.

Zu diesem Zweck sollen zwei neue preussische Armeekorps unter Verwendung der im Osten und Westen (beim 1. und 14. Armeekorps) vorhandenen dritten Divisionen gebildet werden. Es werden also zwei Generalkommandos und zwei Divisionsstäbe neu aufgestellt werden müssen. In die neuen Divisionen werden Brigaden eingereiht werden, die hierfür verfügbar sind.

Die Neuschaffung von Korpsverbänden und die Regelung der Befehlsverhältnisse an der Westgrenze erfordert die Errichtung einer neuen siebenten Armeekorps.

Über die Zahl der aufzustellenden dritten Bataillone bei den sogenannten kleinen Infanterieregimentern ist dahin Entschieden getroffen, daß so viel Bataillone angefordert werden, als für die normale Stärke der Armeekorps und für einige besondere Zwecke notwendig sind. Es handelt sich um 14 Bataillone, außerdem soll Sachsen ein Infanterieregiment aufstellen und wird so bei jedem seiner beiden Armeekorps die Zahl von 8 erreichen.

Für die neuen Divisionen sind die erforderlichen Feldartilleriereformationen, bei jeder Division eine Brigade, und für die beiden Korps je ein Pionierbataillon und je 1 Trainbataillon vorgesehen. Darüber hinaus rechnet der Entwurf mit einem weiteren Pionierbataillon, mit Ergänzungen unserer Verkehrsstruppen, mit Aufstellung einer Fliegertruppe und mit Erhöhungen des Stabs bei einer großen Anzahl von Infanteriebataillonen und Feldartillerieabteilungen.

An Kavallerie soll in Preußen als Folge der Bildung zweier neuer Armeekorps ein Kavallerieregiment zu 5 Schwadronen aufgestellt werden. Auch in Bayern ist eine Verstärkung der Kavallerie in Aussicht genommen.

Bei jedem Infanterieregiment soll eine Maschinengewehrkompanie eingerichtet werden.

Nach all dem wird das Reich gegenüber dem Präsenzgesetz von 1911 die Friedensstärke des Heeres um rund 29 000 Mann, ausschließlich Unteroffiziere, vermehren. Neben dieser Vermehrung der Zahl der Ausgebildeten

ist gleichzeitig die Verbesserung der Offizierstellenbesetzung im Kriege in Aussicht genommen durch weitere Schaffung von Stellen, die im Frieden den Truppenoffizieren von allzu häufiger Verwendung außerhalb ihrer Dienststelle entlasten und im Kriege für Besetzung der Neuforderungen verfügbar sind.

Endlich besteht die Absicht, gleichzeitig mit der Gesetzesvorlage eine Erhöhung der Mannschaftslohnung vorzuschlagen.

Die Vorschläge der Marineverwaltung suchen zwei schweren Mängeln in der Organisation der Flotte abzuwehren.

Der eine Mangel besteht darin, daß im Herbst jedes Jahres auf allen Schiffen der Schlachtflotte die Reservisten, d. h. fast ein Drittel der Besatzung entlassen und im wesentlichen durch Rekruten der Landbevölkerung ersetzt werden. Dadurch wird die Kriegsbereitschaft der Schlachtflotte für längere Zeit erheblich herabgesetzt.

Der zweite Mangel besteht darin, daß zurzeit bei einer Etatsstärke von 58 großen Schiffen zunächst nur 21 große Schiffe zur Verfügung stehen, wenn die Reserveflotte nicht rechtzeitig bereitgestellt werden kann. Letzteres ist seit Auslieferung des Flottengesetzes immer unwahrscheinlicher geworden, weil der Zeitpunkt, zu dem die Reserveflotte kriegsbereit sein kann, sich mehr und mehr hinauszieht. Dies ist eine Folge der immer komplizierter werdenden modernen Schiffe und der stetig wachsenden Schwierigkeit der Ausbildung großer geschlossener Verbände. Die Reserveflotte hat ihre große Bedeutung bei unserem starken Beurlaubtenstande heute erst als zweite Kampflinie.

Beide Mängel sollen durch allmähliche Bildung eines dritten aktiven Geschwaders beseitigt oder doch erheblich eingeschränkt werden.

Die für dieses dritte aktive Geschwader erforderlichen Schiffe sollen gewonnen werden:

- a) durch Verzicht auf das Reserveflottenflaggschiff,
- b) durch Verzicht auf die zurzeit vorhandene Materialreserve — 4 Linienfahrzeuge, 4 große und 4 kleine Kreuzer —,
- c) durch allmählichen Neubau von 3 Linienfahrzeugen und 2 kleinen Kreuzern.

Da die Indienststellungen bei der Reserveflotte infolge Vermehrung der aktiven Verbände um die Hälfte reduziert werden können, macht die Bildung eines dritten aktiven Geschwaders gegenüber den bereits im Flottengesetz vorgesehenen Indienststellungen nur die Mehrindienststellung von 3 Linienfahrzeugen, 3 großen und 3 kleinen Kreuzern erforderlich. Dies bedingt eine entsprechende Vermehrung des Personals.

Eine weitere Personalvermehrung ist erforderlich, weil in den letzten Jahren die Besatzungen aller Schiffsklassen einschließlich der Torpedoboote verstärkt werden mußten.

Ferner ist eine Vermehrung der Unterseeboote und die Beschaffung einiger Luftschiffe in Aussicht genommen. Die Unterseeboote, welche zurzeit noch ohne Organisation sind, sollen bezüglich der Personalbesetzung nach Art der Torpedoboote organisiert werden.

Die Marinevorlage hat die Form einer Novelle zum Flottengesetz, die in 3 Artikeln Bestimmung trifft über den Schiffsbestand, die Indienststellungen und den Personalbestand der Flotte.

Der Novelle ist der Schiffsbauplan für die nächsten 6 Jahre beigefügt. Danach sollen von den erforderlichen Neubauten je 1 Linienfahrzeug in den Jahren 1913 und 1916 in Angriff genommen werden.

Der Mehrbedarf an Personal macht eine Verstärkung der jährlichen Personalvermehrung des Flottengesetzes bis zum Jahre 1920 um durchschnittlich 75 Seeoffiziere, Marineingenieure, Ärzte und Zahlmeister und 1600 Mann notwendig.

Der Gesamtbedarf für diese Verstärkung des Heeres und der Flotte stellt sich für

	Mill. Mark
1912 auf rund	97
1913, in welchem Jahre der höchste Kostenbetrag erreicht wird, auf rund	127
1914 auf rund	114
Der Anteil der Flotte beträgt	
1912 rund	15
1913 rund	28
1914 rund	38
und erreicht im Jahre 1916 seine Höchstsumme mit	43

Zur Deckung der neuen Ausgaben soll unter Wahrung der Grundsätze für die Schuldentilgung nach den Vorschlägen des Reichsschatzamts ein Teil der Überschüsse des Jahres 1911 verwendet werden, während der Rest auf die laufenden Einnahmen und die Mehreinnahme aus der beabsichtigten Änderung der Branntweinsteuergesetzgebung verwiesen wird.

* Ministerpräsident Freiherr v. Hertling über die Deckungsfragen der Wehrevorlagen.

In der Freitagssitzung der bayerischen Kammer der Abgeordneten erklärte der Ministerpräsident Freiherr von Hertling dem Reichsschatzamt antwortend, folgendes: Der Abg. Casselmann, daß bei den Verhandlungen des Bundesrates über die Deckung der Wehrevorlagen die Erbschaftsteuer in der Form von 1909 gar nicht mehr zur Diskussion gestanden habe und er gar nicht mehr in der Lage gewesen sei, die Erbschaftsteuer zu empfehlen. Er habe — ähn-

lich wie andere Regierungen — im allgemeinen seine Stellung dahin präzisiert, daß die früher eingebrachte Erbschaftsteuer, wenn die politische Lage es gestatte, jetzt aufzustehen würde. Er könne an der Stellung, die er früher persönlich zur Erbschaftsteuer eingenommen habe, nicht mehr festhalten. Wenn also die Erbschaftsteuer zur Diskussion gekommen wäre, so würde sie an dem Widerspruch Bayerns nicht gescheitert sein.

Hierzu wird noch ergänzend berichtet: Ministerpräsident Freiherr v. Hertling betonte auf die Anfrage des Abg. Casselmann antwortend, folgendes: Der Abg. Casselmann wünschte, ich möchte von jenen diplomatischen Verhandlungen mit voller Offenheit sagen, wie es kürzlich in Berlin zugegangen ist und welche Stellung die bayerische Regierung zur Frage der Erbschaftsteuer eingenommen hat. Ich komme diesem Wunsche mit um so größerer Bereitwilligkeit nach, als mir daran liegt, den Gerüchten mit voller Klarheit entgegenzutreten, die seit 8 Tagen durch die Blätter laufen. Es ist nicht so, daß ich als Triumphantor heimgekehrt bin (Geisterzeit), es ist nicht so, daß ich einen Sieg über Bethmann-Hollweg davongetragen habe, und es ist nicht so, daß mein Schuß Herrn Bernuth getötet hat. Die Sache liegt ganz anders. Ich berufe mich zum Teil auf die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und ich will die Ausführungen des Blattes noch ergänzen. Die Verhandlungen im Bundesrat sollten einen durchaus vertraulichen Charakter haben. Das war unsere Absicht, als wir am Abend auseinandergingen. Am anderen Tag kam das Entlassungsgeheiß Bernuths. Da war es nicht mehr möglich, vollkommenes Schweigen zu beobachten, denn nun hatte die öffentliche Meinung Grund, sich aufzuregen. Die Situation war die: Man war im Bundesrat einstimmig der Ansicht, daß die Einbringung der früheren Erbschaftsteuer zur Deckung der Wehrevorlagen mit Rücksicht auf die Stellung der Sozialdemokratie zur Wehrevorlage ein politischer Fehler sein und keinen Erfolg haben würde. Das war die Stellung der Reichsleitung und zu dieser Stellung der Reichsleitung haben sich die Bundesstaaten bekannt. Die Erbschaftsteuer von 1909 stand jetzt nicht mehr zur Diskussion. Ich war also nicht mehr in der Lage, die Erbschaftsteuer zu bekämpfen; denn sie war nicht vorgeschlagen, ebenso wie einige andere Regierungen ihre Stellungnahme allgemein dahin präzisierten, daß sie der früher eingebrachten Erbschaftsteuer, wenn es die politische Lage gestatte, auch jetzt zustimmen würden. Ähnlich habe auch ich mich ausgesprochen. Ich kann jetzt an der Stellung, die ich früher persönlich zu der Erbschaftsteuer eingenommen habe, nicht mehr festhalten, nachdem die bayerische Regierung die Steuer im Jahre 1909 kongediert hat. (Beifall links.) Wenn die Erbschaftsteuer zur Diskussion gekommen wäre, würde sie an dem Widerspruch Bayerns gescheitert sein.

Es fragte sich also, welche andere Einnahmequellen zu öffnen seien, und man konnte zweifeln, ob es für 1912 und 1913 möglich sein würde, neue Einnahmequellen zu öffnen. Es fehlen uns immer noch ausreichende zahlenmäßige Unterlagen. Es ist bekannt geworden, daß die ursprünglich auf 80 und dann auf 120 Millionen taxierten Überschüsse des vorigen Etatsjahres jetzt schon 220 Millionen ergeben würden. (Hört! Hört!) Man konnte die Frage erheben, ob sich die Vorläufe nicht doch bedeutender herausstellen würden, und man mußte der Meinung sein, daß die Aufstellung des Etats korrekturfähig sei und daß es infolgedessen nicht nötig sein würde, schon jetzt neue Einnahmequellen zur Deckung der Wehrevorlage zu öffnen. Die bayerischen Vertreter haben eine durchaus reservierte Stellung eingenommen und sich dahin ausgesprochen, daß wenn die Reserven aus den Überschüssen nicht ausreichten, wir natürlich dazu übergehen müßten, neue Einnahmequellen zu beschaffen. Der Vorschlag, für diesen Fall die Abschaffung der sogenannten „Liebergabe“ ins Auge zu fassen, ist nicht von Bayern ausgegangen, sondern von einer norddeutschen Regierung. Dieser Vorschlag wurde von zwei anderen Regierungen unterstützt. Wir bayerischen Vertreter sagten, daß wir wohl auf diesen Boden treten könnten, vorausgesetzt, daß die Sonderrechte der süddeutschen Brenner intakt bleiben würden. (Bravo im Zentrum.) Als man sich im Bundesrat über die Möglichkeit einigte, auf diesem Wege die notwendigen Mittel zu beschaffen, war die Meinung maßgebend, daß man durch die Aufhebung der „Liebergabe“ eine alte von liberaler Seite erhobene Forderung erfüllen werde.

Ich bedauere, daß die Öffnung des Bundesrates dadurch freudig zu wirken, nicht erfüllt worden ist. Früher hat man die Liebergabe bekämpft, nun zeigt sich der Bundesrat bereit, die Liebergabe an die norddeutschen Brenner zu beseitigen, und nun ist wieder nichts. (Geisterzeit.) Bei den Besprechungen hatte es sich nur um vorläufige Besprechungen gehandelt. Eine Vorlage existiert nicht, es finden noch Verhandlungen statt.

Noch ein Wort über den Reichsschatzsekretär Bernuth. Im Bundesrat war man übereinstimmend der Meinung, daß zu einem solchen Rücktritt durch die Verhandlungen ein Anlaß nicht gegeben war. Durch das, was Bernuth mit so großer Energie und so großem Erfolge vertrat, daß nämlich keine neuen Ausgaben ohne genügende Deckung gemacht werden dürfen, um nicht in die alte Schuldenwirtschaft zurückzufallen, sind viele Mitglieder des Bundesrats befriedigt gewesen. Es ist auch infolgedessen, da man nicht sicher sein konnte, ob die vorhandenen Mittel ausreichen, ein neues Deckungsmittel ins Auge gefaßt. Wir waren der Meinung, daß Bernuth keine Veranlassung gehabt habe, dem Reiche seine überaus schät-

bare Tätigkeit zu entziehen. Damit hoffe ich mit den Gerüchten, die sich an die Erbschaftsteuer in Verbindung mit meiner Person geknüpft haben, ausgeräumt zu haben.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 23. März.

Seine königliche Hoheit der Großherzog nahm im Laufe des gestrigen Tages die Meldung folgender Offiziere entgegen: des Majors Ritter und Edler von Braun, Bataillonskommandeurs im Infanterie-Leibregiment Großherzogin (3. Großh. Hessischen) Nr. 117, bisher Flügeladjutant Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs, des Majors von Brandenstein im Generalstabe des XI. Armeekorps, bisher im Generalstabe der V. Armeeinspektion und des Majors von Wittich im Generalstabe der V. Armeeinspektion, bisher im Generalstabe der 28. Division.

Heute vormittag empfing Seine königliche Hoheit der Großherzog den Geheimen Legationsrat Dr. Seyb und den Minister Freiherrn von Bodman zur Vortrags-erstattung. Hierauf meldete sich der königlich württembergische Generalmajor Freiherr von Watter, mit der Führung der 39. Division beauftragt, bisher Kommandeur der 56. Infanterie-Brigade.

Nachmittags folgte der Vortrag des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo.

** Bei der am 22. März 1912 vorgenommenen Erbschaftwahl im 27. Landtagswahlkreis (Rahr-Land) entfielen nach vorläufiger Feststellung auf Zuchinspektor a. D. August Hink in Gundelfingen (fortschr. Volkspartei) 2385, auf Landwirt und Sparkassenrechner Johann Schöbel in Jöhheim (kons.) 2696 und auf Gewerkschaftsbeamten Heinrich Sauer in Karlsruhe 592 Stimmen. Somit hat ein zweiter Wahlgang zwischen Zuchinspektor Hink und Sparkassenrechner Schöbel stattzufinden. — Bei der Wahl am 21. Oktober 1909 entfielen auf den Kandidaten der fortschrittlichen Volkspartei 1840, auf den konservativen 2091 und auf den sozialdemokratischen 1087 Stimmen.

Aus der Residenz.

Lieberhalle. Wir verweisen auf das morgen, Sonntag, nachmittags 4 Uhr im großen Festsaal stattfindende Konzert. Zur Aufführung gelangt Haydns „Schöpfung“.

Englischer Besuch in Karlsruhe. Eine englische Studiengesellschaft für Städtebau, The National Housing and Town Planning Council, bestehend aus etwa 40 Bürgermeistern und Stadträten, beabsichtigt, demnächst unsere Stadt zu besuchen, um die älteren und neueren baulichen Anlagen hier kennen zu lernen. Der Besuch war auf die Zeit vom 5. bis 8. April festgesetzt, ist aber wegen des englischen Bergarbeiterstreiks auf Ende Mai verschoben worden.

In den letzten Tagen wurde nach einer Mitteilung der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft mit den Bauarbeiten für die Herstellung der Bahn Grünwinkel-Daglanben begonnen. Es ist zu erwarten, daß die Inbetriebnahme nun in Nähe erfolgen wird.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe. Druck und Verlag: Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Zur Zahnbildung

bedarf der jugendliche Körper einer Reihe von Aufbaustoffen, vor allem mineralischer Salze. Erhält er diese nicht in genügender Menge, so stellen sich allerlei Beschwerden ein. Diesen kann durch Gebrauch von **Scotts Emulsion**, einem neben anderen wichtigen auch mineralische Bestandteile enthaltenden Kräftigungsmittel vorgebeugt werden. Das Kleine bleibt andauernd munter und wird kräftige schöne Zähne mühelos erhalten.



Scotts Emulsion wird von uns ausschließlich im großen verkauft, und zwar nie lose nach Gewicht oder Maß, sondern nur in verpackten Originalflaschen in Karton mit unserer Schutzmarke (Fischer mit dem Fisch). Scott & Bowne, C. M. B. S., Frankfurt a. M. Bestandteile: fetter Fischlebertran 150,0, prima Glycerin 50,0, unterphosphorigsaures Kalk 4,3, unterphosphorigsaures Natrium 2,0, pflanzl. Tragant 3,0, feinstes arab. Gummi pulv. 2,0, Wasser 129,0, Alkohol 11,0. Hierzu aromatische Emulsion mit Zimt-, Mandel- und Gaultheriaröl je 2 Tropfen. B. 357

E. Büchle Inh.: Kunsthandlung und Rahmenfabrik, W. Bertsch, Karlsruhe i. B. — Kaiserstraße 149. C. 278. Räumungs-Verkauf wegen Umzug mit 10 bis 30% Rabatt. Günstige Gelegenheit für Bildereinkäufe. Ab 1. Juli befindet sich mein Geschäft Kaiserstraße 128.

Bäder — Waschtouletten — Beleuchtungskörper automatische Warmwasser-Anlagen. Ausstellungsraum: Kaiserstr. 209. Büro: Hebelstr. 3. Emil Schmidt & Cons., Ingenieure, Karlsruhe.

Fishels Schokoladenhaus

Kaiserstr. 100
Telephon 3045

Eröffnung der Osterausstellung.
Herrliche Auswahl in Osterhasen und Ostereiern.

Wird durch geschlossenen
Einkaufspreis Wohlgefallen
ist im Einklang besonders
zürückzuführen.

Ihre Zufriedenheit beweist!

B.403

Museumssaal — Karlsruhe

Montag den 25. März 1912, abends 8 Uhr,
Kammermusikabend
des
Badener Streich-Quartetts

unter Mitwirkung des Fr. Amelie Klose (Klavier).
PROGRAMM: Friedr. Klose: Streich-Quartett — Charles Löffler: Zwei Rhapsodien für Klavier, Bratsche und Oboe. — Paul Juon: Trio Caprice nach Lagerlöfs Gösta Berling. C.348
Eintrittskarten zu Mk. 4, 3, 2.50, 2 und 1 in der Hofmusikalienhandlung **Hugo Kuntz** Nachfolger Kurt Neufeldt Kaiserstraße 114, Telephon 1850.

Kaiserstr. 5 **Kaiser-Kino** Duracher Tor

Aus dem reichhaltigen Programm vom 23.—26. März sei besonders erwähnt:
Sensations-Schlager:
Der Schrei nach Lebensglück.
Drama in 3 Akten, gespielt von nordischen Künstlern. C.377

M. Friederich & Cie.
Hofjuweliere C.304
Karlsruhe, Kaiserstr. 112 Bruchsal, Kaiserstr. 32

Konfirmations- und Oster-Geschenke
in reichster Auswahl und in allen Preislagen

Bad Godesberg **„Töchterpensionat Godesruhe“** (die besten Kreise).
bei Bonn a. Rh. Hauslich u. wissenschaftl. Eigenes Hans. Großer Garten. Vorzüglich empfohlen. Eintritt jederzeit. C.309

ST. ESMANN KARLSRUHE I. B.
St. Esmann
Kaiserstr. 229 — Ecke Hirschgasse.
Haltestelle der Straßenbahn.
Telephon 869.

Lebende Hummern, Akrachan-Kaviar
1912er Gänse, Enten, Boularden, junge Hähnen, junge Tauben

Frischer, weißer Spargel, Artischocken, Brüsseler Chicorée, franz. Champignons, frische Gurken, spanische Tomaten, frische englische Bohnen C.382

Feinste Tafel- und Oliven-Öle, Weinessig
Gemüse- u. Obst-Konservern mit 10 Prozent Rabatt od. dopp. Rabattmarken

Waidkräuter, Ananas, Blutorange
Weine, Champagner, Spirituosen

Gorgfälliger Versand. Rabattmarken.

Konfirmanten-Uhren
in Gold, Silber, Stahl und Nickel
empfiehlt zu den billigsten Preisen und mehrjähriger Garantie

C. Reinholdt Sohn
Inh.: Harry Koch. C.299
Teleph. 1217. Kaiserstr. 161. Gegr. 1775.

Rabattmarken.

in schönster Ausführung fertigt schnell und billig
Lichtpausen S. Thoma Nachf.,
Elektr. Lichtpausanstalt, Karlsruhe, Kaiserallee 29

Sanatorium Alpirsbach C.76
bei **Freudenstadt** (Schwarzwald)
für Nervenleiden und innere Krankheiten
Prospekte. Besitzer und leitender Arzt: **Dr. Würz.**
Das ganze Jahr geöffnet!

Bad Antogast
Mineral- und Moorbad, Luftkurort (bad. Schwarzwald) 500 m. ü. M., Station Oppenau. Bedeutend vergrößert. Neuester Komfort. Zentralheizung. Hygienisches Einfamilienhaus (D.R.P. Arch. Abel). In geschützter, walddicher, Gebirgslage. Ozonr. staubfr. Höhenluft. Alther. Eisen-, Magnesia- u. Natronsäuerlinge, welche zu den stärksten radium- u. lithiumhaltigen kalten Quellen Deutschlands zählen. Außer Trink- und Bädern spezielles Heilverfahren für Magen-, Darm- und Nierenleid. Prospekte durch Badearzt **Dr. Merk**, sowie Besitzer **M. Huber**. C.365

Amrum Post Norddorf Seehospiz. Christliche Erholungshäuser. Kein Trinkgeld. Volle Pension von Mk. 4.— an. Prospekt frei. C.108

Badgastein radioaktive Thermo der Welt,
im Kronland Salzburg, Oesterreich, Hauptplatz 4. Tauererbad, hochalpine, windgeschützte Lage (1012) inmitten reicher Koniferenwälder. Vorzüglich wirksam bei Altersgebrechen, Erkrankungen d. Nervensystemes, des Rückenmarkes, bei Gicht, Rheumalimen, Nieren-, Blasen- u. Frauenkrankheiten, Inhalation der natürl. Radio-Emanation, unmittelbar d. Thermo. Medizinische Heilkräfte in mech., physikal. u. elekt. Therapie. Einfachste u. vorzüglichste Annehmlichkeiten. 95 Hotels u. Logierhäuser, v. denen fast alle Thermoalberden besitzen. Ausgedehnte, selten schöne Promenaden. Ausk. u. Prospekt durch d. Kurverwaltung. In unmittelb. Nähe Luftkurort Bockstein.

Feldberg Hotel und Pension Hebelhof
Bad. Schwarzwald 1500 m. ü. Meer
Dep. Villa Vreneli und Villa Liseli.
Vorzügliche Verpflegung. 100 Betten. Zentralheizung. Bahnstation Tübingen oder Todtnau. Telephon Nr. 1. Fuhrwerk zur Verfügung. Herrliche Rodel- und Skibahn beim Hotel. Wintersport ersten Ranges. Prospekte durch den Besitzer **G. Schlager**.

Königsfeld Schwarzwald-Hotel.
736 m. ü. M.
Station Peterzell-Königsfeld der Schwarzwaldbahn
Offenburg-Konstanz.
Sonnenreiche, gesch. Lage, für Herzkranke, Rekonvaleszenten u. Ruhebedürftige. Ebene Wege. Gelegenl. z. Ausübung d. Ski-, Eislauf- u. Rodelsports. Zentralheizg. Pension M. 6.50 bis M. 8.—. Teleph. 19. Prospekt durch Besitzer: **A. Schnabel**. B.579

Pallanza Grand Hotel Pallanza. Lago Maggiore. Sim-
plonbahn Oberitalien. Weltbek. günst. Übergangsstation u. Winteraufenthalt. In d. schönst. u. geschütz. Lage anges. d. borrom. Inseln. Für alle Jahres. vortreffl. eingerichtet. Ausführlich. d. Prospekt.

Pläffikon (Zürcher Oberland) 650 m. ü. Meer. Familienpension „Waldfrieden“, dir. am Tannenwald. Herrl. Blick auf See u. Alpen. Bäder (a. Sonnenbäder). Zentralheizg., elekt. Licht. Pension v. 4 Frs. an. Das ganze Jahr geöffnet. Prosp. Familie Eppeler.

Die Restauration Heidelberger Schloss
auf dem
ist vom 1. Oktober d. J. an im Submissionsweg neu zu vermieten.
Wirtlichhaber, welche sich über die Befähigung zur Führung dieser Wirtschaft, sowie über den Besitz des hierzu erforderlichen Betriebskapitals ausweisen können, wollen ihre Angebote nebst etwaigen Ausweispapieren bis spätestens 20. April d. J. bei Großh. Domänenamt Heidelberg, Hohenbächerstraße 19, einreichen. Dasselbst wird auch nähere Auskunft über die Mietbedingungen erteilt.
Karlsruhe, 22. März 1912.
Großh. Forst- und Domänenverwaltung.

Süddeutsche Handels-Lehranstalt und Töchterhandelschule
„Merkur“
KARLSRUHE Telephon 2018
Kaiserstraße 113 (Ecke Adlerstraße)
Größtes derartiges Institut am Platze Prima referenzen

Gewissenhafte Ausbildung von Damen und Herren für den kaufmännischen Beruf.

Mittwoch, 10. April beginnen größere 4, 6 und 8 monatliche Kurse

Eintritt zu den einzelnen Fächern jederzeit.

Buchführung einfache, doppelte, amerikan., landwirtschaftliche.
Stenographie Gabelberger, Stolze-Schrey.

Maschinenschreiben 30 erstkl. Maschinen versch. Systeme
Schönschreiben

Kaufm. Rechnen, Konto-Korrentwesen, Korrespondenz, Wechsellehre und Scheckkunde, Handelslehre, Rundschrift, Kontorarbeiten, Bank- und Börsenwesen etc.

Deutsch, englisch, französ., italienisch, spanisch.
Vollständige Ausbildung für den kaufmännischen Beruf.
Wir möchten schon jetzt darauf aufmerksam machen, daß **Mitte April** ein
Lehrlings-Kursus
für Konfirmanten, welche in eine kaufm. Lehre treten sollen, beginnt. Es ist empfehlenswert, wenn die jungen Leute vorher in Schönschreiben, kaufm. Rechnen, Korrespondenz, Stenographie usw. ausgebildet werden. C.380

Tages- und Abendkurse.
Anwärter Schüler erhalten durch unsere Vermittlung **Fahrpreismäßigung**, auch sind wir für gute, preiswerte Pension besorgt.
Ausführliche Auskunft und Prospekt bereitwilligst durch **Die Direktion.**

Die bekannte Ia. holländische
Bergentheimer Lorffstreu
Bruno Wandowsky, Duisburg.

Weingut Rheinpfalz
nahe Neustadt a. d. Haardt, mit neuem Komfort. Wohn- u. Nebengebäuden (elektrisch Licht, Wasserleitung etc.), sehr günstige Verkehrs- und Bahnerhältnisse C.328
äußerst preiswert zu verkaufen.
Die Kellereien enthalten 35 sehr gute Lagerfüßer im Gesamtgehalt von 254 000 Eiter.
Das Kelterhaus hat 3 tadellose eis. Steltern v. je ca. 4000 Ltr. Auffüllungsvermögen, Stalg-, Kautorgelgebäude, Ausschüttung, Speicher usw. Viel Obstland. Vork. Weinberge ca. 50000 Rebköpfe.
Auskunft erteilt ersichtlich. Respektant. bereitwilligst.

Julius W. Bier, Frankfurt a. Main
Abteilung: Schlösser, Güter usw.

Nichtung! Frankfurter
Pferdelose werden schon am 17. April gezogen mit 1 eleganten Landauer mit 4 Pferden als Haupttreffer, 1 kompl. Zweispänner-Wagen, 5 Einspänner, 50 diverse Pferde usw., wofür auch sofort Bargeld erlöszt wird.
Lose 1 M., 11 St. 10 M. bei **Carl Götz**
Bankgeschäft, Karlsruhe, b. Rathaus, Gebr. Göttinger, G. m. b. H., Kaiserstr. 107. C.385

Emil Schmidt & Cons.
Heldstr. 3 Teleph. 70
Reparaturen u. Neuanlagen
f. Installation u. Zentral-Heizungsanlagen

Barteltböden
werden gereinigt u. gewischt, sowie d. Reinigen v. Schmutz, Wohnungsfestern u. Glasdächern, Abwaschen von Säuren u. alle sonst. in d. Fach einfl. Arbeiten prompt u. billig ausgeführt durch **das Reinigungs-Institut J. Käser, Jähringerstraße 26**
Telephon 2893.

Bürgerliche Rechtsplege.
a. Streitige Gerichtsbarkeit.
11.507.21. Heidelberg. Der minderjährige Carl Eugen Wibe in Schwarzenbach, vertreten durch seine Vormünderin Marie Wibe, Zimmermädchen daselbst, klagt gegen den Kellner Walter Kaumann, zuletzt in Heidelberg, jetzt an unbekanntem Ort, auf Grund des § 1708 B.G.B. mit dem Antrage auf Beurteilung des Beklagten durch vorläufig vollstreckbares Urteil zur Zahlung einer monatlichen, vierteljährlich vorauszahlbaren Geldrente von 25 Mark von der Geburt des Klägers, d. i. 13. Januar 1912, bis zur Vollendung seines 16. Lebensjahres.
Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Großh. Amtsgericht zu Heidelberg auf **Dienstag, den 21. Mai 1912, vormittags 9 Uhr**, geladen.
Heidelberg, 19. März 1912.
Gerichtsschreiber des Großh. Amtsgerichts IV.